



Gisbert Büttner unterstützt die Initiative Kommunalwirtschaft. Die ist gegen die geplante Reform der Gemeindeordnung.

Sie fragen, der Chef antwortet

„Als Handwerker bin ich grundsätzlich für die Devise „Mehr Markt, weniger Staat“. Deswegen konnte ich die große Aufregung über die geplante Reform der Gemeindeordnung auch nicht verstehen. Letztens habe ich im Radio aber gehört, wer sich der „Initiative Kommunalwirtschaft“ gegen diese Gesetzesänderung angeschlossen hat – das reicht von den kommunalen Arbeitgebern über ver.di, die SPD und auch CDU. Deshalb meine Frage: Was spricht denn gegen das Motto „privat vor Staat“? Was bedeutet das für Herten?“ **Walter H., Disteln**

Nichts Gutes. Für die Bürger nicht und für Sie als Handwerker auch nicht. Die Idee der Reform ist, dass kommunale Unternehmen nur

noch tätig werden dürfen, wenn ein „dringender öffentlicher Zweck“ vorliegt und dieser „durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt“ werden kann. Das klingt gut, gebe ich zu. Und ich gebe auch zu, dass manche Kommunen mit ihren Dienstleistungen ein bisschen zu dick aufgetragen haben. Aber in der Regel, so ist es auch in Herten, sichern kommunale Unternehmen verlässlich die Lebensqualität ihrer Bürger. In der Praxis würde die Neuregelung bedeuten: Private Anbieter, meistens investitionsstarke Großkonzerne, übernehmen alle kommunalen Aufgaben, die lukrativ sind. Auf dem unattraktiven Rest und den roten Zahlen bleiben kommunale Tochterunternehmen sitzen, wie bei Bädern, öffentlichem Nah-

verkehr, günstigem Wohnraum, Parkgaragen, Entsorgung: Bei allen Bereichen, die heute schon nicht mehr bezahlbar sind, wenn sie nicht aus den Überschüssen anderer Aktivitäten finanziert werden. Für das Copa ließe sich ein Investor finden – die Eintrittspreise könnte dann aber keiner bezahlen. Auf der Strecke blieben auch hunderte von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Nicht zuletzt fallen wir als Auftraggeber für lokale Unternehmen aus; mit den Aufträgen fließt dann auch das Geld ab aus Herten, nix mehr mit lokaler Wertschöpfung. Alles gute Gründe für uns, die „Initiative Kommunalwirtschaft“ gegen das Gesetzesvorhaben zu unterstützen.

„Wenn ich in das Zimmer meines Sohnes schaue, sehe ich viele Geräte auf Stand-by-Betrieb. Er versucht mir zu verklickern, dass das ganz normal sei und er keineswegs besonders viel Strom verbrauche. Seine Kumpels würden noch viel mehr Saft ziehen. Ich bin skeptisch: Hätten Sie für mich eine Aufstellung vom Durchschnittsverbrauch eines Drei-Personen-Haushalts? Fakten sind mir lieber als Dauerdiskussionen mit einem Pubertierenden.“ **Sabine P., Westerholt**

Nichts ist individueller als der Energieverbrauch. Bei Strom kann man von einem Durchschnittsverbrauch von 3.000 bis 3.500 kWh pro Jahr ausgehen. Beim Gasverbrauch beläuft sich der durchschnittliche Verbrauch auf 18.000 bis 20.000 kWh pro Jahr. Um Ihre Energiekosten in Grenzen zu halten, bieten die Hertener Stadtwerke einen Service: Im StudioB können Sie sich ein Strommessgerät ausleihen, mit dem Sie Stromfresser ausfindig machen können.

Susanne Höltken